



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für  
Landwirtschaft und Weinbau  
Herrn Horst Gies, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

**18/5288**

**VORLAGE**

**DIE MINISTERIN**  
**Daniela Schmitt**  
Stiftsstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-2202  
Telefax 06131 16-4438  
poststelle@mwwlw.rlp.de  
www.mwwlw.rlp.de

5. Februar 2024

**Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 12. Januar 2024**

TOP 3a EU-Pflanzenschutzverordnung scheidert  
Antrag der Fraktion AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT- Vorlage 18/4896 –

TOP 3b EU-Parlament lehnt neue Pflanzenschutzverordnung (SUR) ab  
Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP nach § 76 Abs. 2 GOL - Vorlage  
18/4921 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und  
Weinbau am 12. Januar 2024 erhalten Sie zu vorgenannten Tagesordnungspunkten  
den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

  
Daniela Schmitt

## Sprechvermerk

### **Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 12. Januar 2024**

- TOP 3a EU-Pflanzenschutzverordnung scheidet  
Antrag der Fraktion AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 18/4896 –
- TOP 3b EU-Parlament lehnt neue Pflanzenschutzverordnung (SUR) ab  
Antrag der Fraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 18/4921 -

Anrede,

um den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 22. Juni 2022 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR = Sustainable Use Regulation) wurde in den vergangenen 17 Monaten auf der europäischen Ebene und darüber hinaus hart gerungen. Letztlich scheiterte das Vorhaben jedoch durch die knappe Ablehnung am 22. November 2023 im Europaparlament. Der Antrag auf Rücküberweisung in den federführenden Umweltausschuss zur Neuverhandlung wurde ebenfalls abgelehnt.

Somit können die Trilog-Verhandlungen mit dem Rat nicht beginnen, was wahrscheinlich zur Folge hat, dass es in dieser Legislaturperiode keine SUR-Verordnung geben wird.

Auch unter den Mitgliedstaaten besteht keineswegs Einigkeit bezüglich des Verordnungsvorschlags. Das zeigt der aktuelle Stand der Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe. Dort laufen ungeachtet der Ablehnung der SUR im Europaparlament die Verhandlungen im Januar weiter.

Die spanische Ratspräsidentschaft hatte zuletzt einen revidierten Kompromissvorschlag zu den Streitpunkten „empfindliche Gebiete“ und „Reduktionsziele“ vorgelegt, der jedoch von einem Großteil der Mitgliedstaaten insbesondere hinsichtlich der Verbindlichkeit von Reduktionszielen abgelehnt wird.

Die SUR stand für den Agrarrat im Dezember nur noch als "Fortschrittsbericht" auf der Tagesordnung, eine Positionierung der Mitgliedstaaten unter spanischem Vorsitz kam nicht mehr zustande.

Anfang 2024 hat Belgien den Vorsitz übernommen. Die Belgier haben vor, in gleicher Weise weiter zu verhandeln.

Falls sich die Mitgliedstaaten zu einem gemeinsamen Standpunkt durchringen könnten, ginge dieser zur erneuten Abstimmung an das Europaparlament, das dann aber nur noch zustimmen oder ablehnen könnte.

Die meisten Beobachter bezweifeln, dass vor der Europawahl ein neuer Vorschlag zur SUR verabschiedet wird.

Den weiteren Verhandlungsverlauf in Brüssel werden wir selbstverständlich sehr genau verfolgen.

Anrede,

im Antrag der regierungstragenden Fraktionen wird um Bewertung dieses Prozesses gebeten und zusätzlich gefragt, welche Erfolge und Maßnahmen die Landesregierung bereits jetzt zur Optimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln verzeichnet.

Ich kann an dieser Stelle nur sagen, dass ich im Sinne der Landwirtschaft erleichtert bin, dass die Abstimmung im Europaparlament so ausgegangen ist, wie sie eben ausgegangen ist.

Ich habe mich in Brüssel und in Berlin immer wieder für die Belange der Landwirtschaft, insbesondere des Weinbaus, aufgrund der hohen Betroffenheit bei den sogenannten „empfindlichen Gebieten“ engagiert und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen.

Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an unsere sehr aktive Rolle im Bundesratsverfahren, an mehrere Beschlüsse im Rahmen der Agrarministerkonferenz, an die Veranstaltung in Brüssel im Oktober 2022 und auch zuletzt an den gemeinsamen Brief mit den weinbautreibenden Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen an die Kommissionspräsidentin von der Leyen anlässlich der letzten Herbst-Agrarministerkonferenz.

Dabei sind zwei zentrale Punkte für mein Haus nach wie vor von besonderer Bedeutung: Eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln auf das Mindestmaß haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart; diese müssen sich jedoch grundsätzlich an vorhandenen Reduktionspotentialen orientieren, und die bereits erbrachten Fortschritte müssen bei der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln auch ausreichend berücksichtigt werden.

Die Landesregierung setzt, wie im „Schulterschluss Artenvielfalt“ verankert, auf einen gutbestückten Werkzeugkasten, die Werkzeuge sind kooperative und freiwillige Maßnahmen, aber selbstverständlich auch innovative Entwicklungen wie technologischer Fortschritt und Digitalisierung. Dabei ist der Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen unerlässlich. Neue Züchtungsverfahren könnten dabei für die integrierte Landwirtschaft einen wertvollen Beitrag leisten. Denn nur so können wir Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz in die Zukunft führen, unserer Verantwortung für die regionale Wertschöpfung und darüber hinaus gleichzeitig der Ernährungssicherung einer weltweit weiterwachsenden Bevölkerung gerecht werden und letztendlich auch unsere wertvollen Kulturlandschaften erhalten.

Anrede,

wir werden in unserem Engagement für den Erhalt eines vernünftigen Pflanzenschutzes deshalb nicht nachlassen, auch wenn die Verordnung vorerst auf Eis liegt.

Ich finde dies suggeriert man würde sich zurücklehnen. Nein, ganz im Gegenteil: Die Themen müssen selbstverständlich weiter begleitet werden und so beobachte ich auch in der Branche, dass man selbstverständlich schaut, was können auch in Zukunft Themen und Wege sein.

Und genau deswegen, weil mir das auch wichtig ist das Thema weiterzuverfolgen lade ich für die nächste Woche am 17.01.2024 zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Kulturgut und Welterbe Weinbau erhalten – Reben mit Sinn und Verstand schützen“ in unsere Landesvertretung nach Berlin ein.

Ein konstruktives Miteinander ist Bedingung für wohl austarierte Lösungen komplexer Herausforderungen, die wir hier zweifelsohne vorfinden und denen wir begegnen müssen und auch begegnen wollen. Denn: Pflanzenschutz und Artenschutz schließen sich nicht kategorisch aus. In vielen Regionen stellt der Erhalt einer nachhaltigen landwirtschaftlichen sowie obst- und weinbaulichen Nutzung sogar eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der Lebensraumvielfalt und das Erreichen von Schutzziele dar. Naturschutz und Pflanzenschutz dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt,

sondern müssen zusammen gedacht werden. Diesen Prozess möchten wir durch Kommunikationsangebote – durch Gespräche und Dialoge - für alle Beteiligten unterstützen und aktiv vorantreiben. Dem werden wir uns weiter annehmen und hier ein Stück weit für eine gute Zukunft sorgen.